

Verwaltungsberufsgenossenschaft

Widerspruch

der _____, vertreten durch
_____ (Vorstand bzw. Geschäftsführung)

gegen den Beitragsbescheid vom _____

Gegen den oben genannten Bescheid, zugestellt am _____, erheben wir Widerspruch und beantragen:

den Beitragsbescheid aufzuheben und die Widerspruchsführerin neu zu bescheiden.

Begründung:

Der Beitragsbescheid beruht auf der rechtswidrigen Veranlagung der Widerspruchsführerin. Die erstmals mit dem Gefahrtarif 2007 erfolgte Zusammenveranlagung der ehemaligen Tarifstelle 12 „Verwaltung, Vermietung unbeweglicher Sachen“ und der ehemaligen Tarifstelle 26 „Wohnungsunternehmen, Siedlungsunternehmen“ in der neu gebildeten Tarifstelle „Unternehmen der Immobilienwirtschaft“ verstößt gegen den Grundsatz in § 157 Abs.2 SGB VII. Danach dürfen in einer Gefahrengemeinschaft nur Gewerbebezüge mit annähernd gleichen Gefährdungsrisiken zusammengefasst werden. Die Gefährdungsrisiken der beiden ehemaligen Tarifstellen 12 und 26 sind nicht annähernd gleich. Darauf weisen die deutlichen Unterschiede in der Gefahrklasse der beiden ehemaligen Tarifstellen hin. Die Gefahrklasse der Tarifstelle 12 lag zuletzt mehr als 80 % über der Gefahrklasse der Tarifstelle 26. Mit Hinblick auf die vom Arbeitgeberverband der Deutschen Immobilienwirtschaft e.V. geführten Musterverfahren zu dieser Rechtsfrage beantragen wir das Ruhen des Widerspruchsverfahrens.

Unterschrift der Geschäftsführung/ des Vorstands